

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbestellungs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Schriftbild für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achteigsteil. Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Werbenzeigen das fertige Blatt 20 Pf., jedes weitere Wort 2 Pf. Fernsprechzettel 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsinseraten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistischer Burgfrieden in Rußland.

Vom russischen Kongress.

H. N. London, 4. Dezember.

Die Wähler erfahren, daß auf dem 7. Sowjetkongress in Moskau nicht nur die Bolschewiken, sondern auch andere politische Gruppen zugelassen werden. Alle Parteien, die sich bereit erklären, für die Verteidigung der Sowjetrepublik einzutreten, sollen im Kongress eine beratende Stimme erhalten. In Betracht kommen die russische kommunistische Partei, die ukrainische kommunistische Partei, die ukrainischen Sozialisten, die ukrainischen Linksozialisten, die ukrainischen Nationalisten, der Bund der Kommunisten usw. Jede dieser Organisationen wird zwei bis drei Mitglieder zum Kongress entsenden.

Vertagung der Friedensratifikation.

T. U. Rotterdam, 4. Dezember.

Neuer verbreitet eine Pariser Meldung, wonach der Verband der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland auf unbestimmte Zeit vertagt habe. Der Rat der Verbündeten ist zur Beratung der türkischen Friedensbedingungen übergegangen.

Deutschlands Verantwortung für Scapa Flow.

H. N. London, 4. Dezember.

Um der Behauptung der deutschen Rote vom 28. 11. entgegenzutreten, veröffentlicht die Admiralität ein Dokument, das von Troska am 9. Mai an Admiral Neuter geschickt worden ist. In diesem Schreiben wird betont, daß die Schiffe deutscher Wehrmacht seien und daß die Uebergabe an den Feind nicht in Betracht kommen könne.

Beilegung des Streiks in Bitterfeld.

Nach einer Meldung des Volksbureaus haben gestern nachmittag die Abstimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden. Nach einer vorläufigen Feststellung sollen 5000 Arbeiter für und knapp 1000 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt haben. Die Nachricht, daß der Militärbefehlshaber nach Wiederaufnahme der Arbeit dem Reichswehrminister die Aufhebung aller militärischen Anordnungen empfehlen werde, wird als unzutreffend dementiert.

Die Entente gegen Rumänien.

Paris, 4. Dezember.

Der Oberste Rat hat bei der rumänischen Regierung eine neue Forderung, vom 2. bis zum 8. Dezember, zur Bekanntheit der Antwort auf die vom Obersten Rat gestellten Fragen gemacht. Cecil Harmsworth erklärte im englischen Unterhaus, im Hinblick auf die Haltung der rumänischen Regierung seien die Schwierigkeiten nicht in der Lage, die Lebensmittelversorgung Rumäniens weiterhin zu erleichtern. Alle Rumänen gebührenden Erleichterungen seien daher bis auf weiteres zurückgezogen worden.

Rücktritt der rumänischen Regierung.

Klausenburg, 3. Dezember.

Ministerpräsident Cistobanu kündigte den bevorstehenden Rücktritt der Regierung an. Die Kammer und der Senat verlegten sich bis zur Bildung der neuen Regierung.

Todesstrafe für die Kriegsschuldigen in Bulgarien.

Aggram, 4. Dezember.

Aus Sofia wird gemeldet: Der bulgarische Gesandte über die Beurteilung der Kriegsschuldigen enthält folgende Bestimmungen: Wer an den Kriegsvorbereitungen tätigen Anteil gehabt hat, oder an der Kriegserklärung und an der Weiterführung des Krieges beteiligt ist, wird mit dem Tode und der Konfiskation seiner Güter bestraft, gleichgültig, ob es sich um Staatsbeamte, Minister, Kammerpräsident oder Führer ist. Diplomatische Agenten und Gesandte die durch Abschluß von Geheimverträgen zum Krieg beizutragen haben, wer-

den mit 15 Jahren Gefängnis und Konfiskation des Vermögens bestraft. Präfelte und Kommandanten, die in Ausführung ihres Amtes zur Kriegserklärung beigetragen, werden mit zehn bis fünfzehn Jahren Gefängnis bestraft. Dieselbe Strafe trifft diejenigen, die unter Ausnützung der Kriegslage sich mit Wuchergeschäften abgegeben haben. Die Schuldigen sollen durch einen nationalen Gerichtshof abgeurteilt werden.

Der Märzaufruch. — Ein Werk der Provokateure.

Wir haben schon wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß an dem Märzaufruch, ebenso an den Januaraufständen, Agenten der Regierung hervorragenden Anteil hatten. Im ersten Verhandlungstag gegen den Oberleutnant Rosch wurden weitere bündige Beweise für diese Behauptung erbracht. Hauptmann Rosch gab als Zeuge an, daß im März beim Korps Lüttich Berichte eingegangen seien, die aufgelöste Volksmarineteilung wolle sich neu formieren, um zum Kampf gegen die Regierung vorzugehen. Auch die Zusammenkunft der Matrosen in der Kasernenverwaltung der französischen Strafe am 11. März sei als eine solche Verschwörung gemeldet worden.

Der Herr Hauptmann hätte sich wohlweislich, die Uebersbringer dieser Meldungen beim Namen zu nennen. Er sagte, die Meldungen seien freiwillig überbracht worden, die Namen habe er nicht mehr im Gedächtnis. Wir wollen daher sein Gedächtnis etwas auffrischen und ihn daran erinnern, daß die Uebersbringer dieser verlogenen Berichte Agenten waren, die im Dienste der Spionageabteilung des Korps Lüttich standen. Hauptmann Rosch hat bei dieser Spionageabteilung selbst angeheuert und hatte also allen Grund, diese Tatsache zu verheimlichen.

Auf Grund dieser verlogenen Berichte wurde dann die Aktion gegen die in der französischen Strafe befehligte zum Löhnungsappell erschienenen Matrosen eingeleitet. Der Vorsitzende, der einen tadelnden Mangel an Reue an den Tag legte, hat seinen Versuch unternommen, von Hauptmann Rosch weitere Auskunft über diesen wichtigen Punkt zu erhalten. Er muß aber unbedingt noch klar gestellt werden, weil dadurch die letzten Fäden bloßgelegt werden können, die mit der Erschießung der Matrosen zusammenhängen. Ebenso ist es Pflicht des Gerichts, darüber Nachforschungen anzustellen, wie es die Vernehmung, die dem Kommandeur der republikanischen Soldatenwehr, Herrn Max Müller, für den 10. März beim Korps Lüttich zugesagt war, ebenfalls abgefragt wurde. Weiter ist festzustellen, wie es die Brigade Reinhardt dazu kommen konnte, dem Befehl zur Aufhebung des Löhnungsappells und zur Verhaftung der erschienenen Personen zu geben. Dabei wird das Gericht nicht anders können, als auch das politische Gebiet zu betreten und es werden dabei Dinge an den Tag kommen, die für die Urheber des Matrosenmordes sehr unangenehm sein werden.

In der Verhandlung wurde weiter festgestellt, daß sich unter der Matrosendivision Eitel und Provokateure befanden, die im Auftrag der Regierung handelten. Zu ihnen gehören z. B. die Brüder Markowicz. Diese wurden in der französischen Strafe gleichfalls verhaftet. Sie trugen Waffen bei sich, bei ihrer Verhaftung kam es sogar zu Tötlichkeiten und trotzdem wurden beide nicht erschossen, weil sie angaben, als Agenten im Dienste der Regierung zu stehen. Es wurde dieserhalb beim Korps Lüttich telefonisch angefragt und von dort eine Bestätigung der Behauptung erbracht.

Diese beiden Brüder Markowicz haben sich an dem Märzaufruch hervorragend beteiligt. Einer von ihnen betätigte sich innerhalb der Volksmarineteilung als „Spartakist“. Er behauptete während die Mannschaften gegen die Regierung auf, sagte ihnen, daß es endlich Zeit zum Losschlagen sei, und bei dem Aufbruch hat er am Alexanderplatz sogar Geschäfte bedient. Dafür sind Zeugen vorhanden. Dieser Markowicz hat ohne Zweifel auch dem Korps Lüttich die verlogenen Berichte über die neuen Verschwörungpläne der Volksmarineteilung überbracht. Denn Hauptmann Rosch sagte bei seiner Vernehmung, sobald er sich erinnern könne, sei unter den Uebersbringern der Berichte auch ein Angehöriger der Volksmarineteilung gewesen.

Hier gibt es für das Gericht viel wertvolle Arbeit. Wenn es nicht ein neues drittpatriotisches Theater aufzuführen will, muß es sich mit den von uns vorgelegten Beweisen beschäftigen und für eine reifliche Aufklärung der Vorgänge Sorge tragen.

Vor der Einigung.

Zu den Debatten über die Internationale.

E. P. In der Donnerstagsitzung unseres Parteitages haben drei Redner zum Punkt „Internationale“ gesprochen. Die Debatte darüber wird am Freitag beginnen, und schon aus der Zahl der bei Bekanntgabe der Tagesordnung eingelaufenen Wortmeldungen kann man schließen, daß eine Beschlusfassung vor Sonnabend nicht zu erwarten ist. Jedoch darf man heute schon voraussetzen, wie sich der Parteitag über die Frage der Internationale entscheiden wird. Die Frage war schon entschieden, als Genosse Ledebour am Schluß seiner eindrucksvollen Ausführungen zur Einigung aufrief, nicht zur Einigung mit den Roskoszialisten, sondern zur Einigung in der Unabhängigen Sozialdemokratie über die Frage der Internationale, und als außerdem Genossin Toni Sender-Frankfurt a. M., eine Hauptstütze der Stöcker-Becher-Richtung, erklären ließ, daß sie sich von der Resolution für die dritte Internationale trennen und für die Resolution Ledebour eintreten werde.

Welches ist eigentlich der Unterschied bei den Auffassungen zwischen Hilferding und Stöcker? Man kann ihn vielleicht so formulieren: Der ökonomisch orientierte Hilferding richtet sein Gesicht mehr nach Westen und sieht dort zuerst die Abenddämmerung des Kapitalismus heraufsteigen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die kapitalistische Produktionsweise ist in den Westländern am weitesten fortgeschritten. Dort muß also folgerichtig, wenn wir uns noch zu den Lehren von Marx bekennen, zuerst die Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus erfolgen. Stöcker dagegen hat sein Gesicht mehr nach Osten gewendet. Hier hat das Proletariat die politische Macht bereits erobert, ohne daß der gesellschaftliche Aufbau von der sich entsprechend verändernden ökonomischen Struktur getragen wird. Stöcker möchte es freilich bestreiten, daß er sich von Gefühlen leiten lasse, immerhin kann nicht geleugnet werden, daß seine Auffassungen durch die ökonomischen Tatsachen sehr wenig gestützt werden.

Immerhin konnte man an der Auseinandersetzung zwischen Hilferding und Stöcker beobachten, wie der eine von der Unterordnung der gesellschaftlichen Zustände ausging und daraus zu seinen Schlüssen kam, während der andere zuerst keine Schlüsse machte und daraus die Folgerungen ableitete. Das Gefühl drängt uns alle zu Rußland, demselben Rußland, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, und dabei in harter wirtschaftlicher und politischer Arbeit den Sozialismus zu verwirklichen trachtet, von der Internationale des Kapitalismus aufs härteste bedrängt, von der Internationale der Arbeit dagegen bisher noch ohne die notwendige Unterstützung gelassen. Der Bestand dagegen verlangt von uns, daß wir nicht die Fühlung mit dem Proletariat der Weststaaten verlieren, dessen revolutionäre Auffassung hinter der des russischen Proletariats weit zurückliegt, dessen Länder aber alle Gewähr dafür bieten, daß sie in absehbarer Zeit für den Uebergang zum Sozialismus reif sein werden.

Ohne Zweifel sind Hilferdings Anschauungen nicht sehr populär; sie sehen eine mühevollere Gedankenarbeit voraus und stellen die Verwirklichung der Weltrevolution erst in spätere Aussicht. Stöckers Anschauungen dagegen können leichter verstanden werden. Gerade das in allen Arbeitern wache Solidaritätsgefühl macht sie geeignet, an die Seite der Unterdrückten und Verfolgten zu eilen. Zugleich wirkt der politische Erfolg, den die Bolschewiken errungen haben, anfeuernd und anreizend auf das revolutionäre Proletariat der anderen Länder ein. Und von diesem Gegenlag aus ist es verständlich, wenn auch nicht zu entschuldigen, daß die Genossen, deren Meinungen nach Moskau tendieren, und die den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale fordern, gegen die Anderen, die vor vorzeitigen Entschlüssen warnen, des Verrats an der Revolution, des „Verhängens mit den Sozialpatrioten“ beschuldigt werden.

Aber die westpolitische Situation ist zur Zeit so, daß die allzu schnelle Festlegung der Unabhängigen Sozialdemokratie (sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite eine schwere Schädigung des gesamten internationalen Proletariats bedeuten würde. Der Anschluß an die dritte Internationale in ihrer heutigen Form, die Verbrüderung mit Roskoszialisten und ihrem Geschwister in anderen Ländern, die sich von Marx gelöst haben und jetzt wie Stöcker

Die Rattenfänger.

Die „Post“ geht auf den Arbeiterfang. Die „Deutschnationale Volkspartei“ hat entdeckt, daß sie sich „mit ihrer ganzen Politik auf die breiten Volksmassen stützen muß“, und die „Post“ schreibt einen Leitartikel darüber. Zwei Tagungen nationalistisch gesinnter Arbeiter, die eine in Göttingen, die andere in Berlin, die so bedeutsam waren, daß die gesamte nicht deutschnationale Öffentlichkeit achtlos an ihnen vorbeigegangen ist, hätten den Willen der deutschen Arbeitererschaft deutlich zum Ausdruck gebracht, ihre politische Interessenvertretung in der deutschnationalen Partei finden. „Groß-Arbeitermassen“ hätten sich bereit erklärt, auf dem Boden der deutschnationalen Volkspartei organisiert zu werden. Eine Handvoll Arbeiter, die auf die nationalistischen Reimuten getreten sind, gelten also dem Organ der Schwerindustriellen als große Arbeitermassen, als die deutsche Arbeitererschaft. Und darum habe eine „Schicksalsstunde“ der deutschnationalen Partei geschlagen. Sie müsse „moralische Eroberungen mit über diese national gesinnten Kreise der deutschen Arbeiterwelt hinaus“ machen. Die Gelegenheit sei günstig, denn die Revolutionsstunde beginnt zu weichen, und die Erkenntnis von dem furchtbaren Unglück, das durch die Revolution über unser Volk gekommen ist, und die Erkenntnis von der entscheidenden Schuld der Revolution bricht sich in den weitesten Volksschichten Bahn.

Der alte Schwindler. Die Revolution soll schuld sein an dem Elend, der ganz auf das Konto derer um Gindenburg und Ludendorff zu setzen ist. Aber es ist doch interessant zu sehen, daß selbst die „Post“ in ihren verlogenen Darstellungen unsicher wird und sich in Widersprüche verwickelt, wenn sie um Arbeiterseelen wirbt. Bevor sie jene Anklage gegen die Revolution erhebt, schreibt sie: „Die christlich-national organisierte Arbeitererschaft weiß, daß der Zentralvorstand der Partei mit allem Ausdruck sich vorbehaltlos auf dem Boden der gegebenen Tatsachen gestellt hat.“

Der „Boden der gegebenen Tatsachen“ aber ist durch die schuldbeladene Revolution geschaffen worden. Diese lägenhafte Botenenergie aber muß man selbst den nationalistisch verirrten Arbeitern gegenüber ansprechen. Das „Gurra Gindenburg!“ und „Wir wollen unseren Wilhelm wieder!“ allein zieht auch hier nicht. Aber auch dieser widerwärtigste Schwindler wird nicht ziehen. Verführerische Oberlehrer, Schulbuben und Kadetten werden das Rekrutierungsgebiet der deutschnationalen bleiben.

Treue Söhne des Vaterlandes.

Nachdem kaum ein Drittel der Volkstruppen die deutsche Grenze überschritten hat, erläßt der rechtssozialistische Oberpräsident Winnig eine Rundgebung, in der er den Abenteurern Strafrecht in Aussicht stellt und die Verweigerung der Regierung erklärt. Ihnen Demobilmachungsgeld und Entlassungsgeld zu gewähren, sowie das wertvolle Vermögen bei Wohlhalten einzulösen. Und am Schluß heißt es: „Deutschland erwartet von dem patriotischen Sinn der Truppen, die freiwillig zum Schutz der Heimat ins Feld zogen, daß sie sich nun auch bei ihrer Rückkehr als treue Söhne des Vaterlandes bewähren.“

Die Antwort auf diese beispiellose Nachsicht gegenüber einer Mäurerhorde blieb nicht aus: Wie die „P. V. N.“ melden, griff die Eiserne Division die letzte Befehlsgebung an und betrieb sie aus der Stadt. Nach dieser Geldsenat gegen die deutschen Truppen wieder ab. Da den Offizieren schießern infolge der Strafschuldverklärung das Wasser nicht mehr an der Quelle steht, gleichen sie ihre irrgeliebten Soldaten in weitere blutige Abenteuer hinein. Seit der Reichskommissar Winnig sie trotz aller Verbrechen für treue Söhne des Vaterlandes erklärt, ändert sich auch nichts, wenn die Truppen nun nach bewährtem Muster in Belgien sich „aus bei ihrer Rückkehr“ als Nordbrenner und Verbrecher zeigen. Gefahr besteht ja nicht mehr: Strafloshheit ist sicher, neue Befehlsgebung und Uniformen, Entlohnung des Soldaten, — und alles auf Kosten des dankbaren Volkes, das für die Verbrechen der Volkstümmel schon bisher die härtesten Anstrengungen der Entente auf sich nehmen mußte. Aber Herr Winnig ist zufrieden!

Höchste Zeit!

Berlin, 4. Dezember.
Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I hat heute bei Georg Silarz sämtliche vorgefundenen Geschäftsbücher, Briefe und sonstigen Papiere beschlagnahmt.

Die Vernehmungen vor dem Untersuchungsaudium. Wie die „P. V. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist die ursprünglich für heute anberaumte Sitzung des 2. Untersuchungsaudiums auf Montag verschoben worden. In dieser Sitzung wird auch über die teilsweisen Vernehmungen Weidlich gefaßt werden. Ob Gindenburg zum zweitenmal vernommen wird, erscheint fraglich, da bei einem Teil der Anwesenden Mitglieder die Ansicht herrscht, daß sich eine zweite Verladung erübrige.

Der erste Untersuchungsaudium beendet seine Vorarbeiten für die Erhebungen über die Vorkriegszeit. Augenblicklich befindet sich ein Prozeßbogen im Umlauf, nach dessen Beantwortung Ausgang Januar die mündliche Vernehmung beginnen soll.

Das spanische Kabinett bricht. Der König von Spanien hat dem Kabinett erneut das Vertrauen ausgeprochen. Da hierdurch die Stellung der Regierung gegenüber der reaktionären Agitation hinreichend gesichert scheint, bleibt sie im Amt.

Neber die Vorgesichte der Rauten-Affäre wird Oelmut von Werlach in dem vom Bundes Neues Vaterland am Freitag, 5. Dezember, 8 Uhr, in der Hohenzollernstraße, Schöneberg, Berliner Str. 48/53 veranstalteten Vortragsabend neue aufklärende Mitteilungen machen. Dr. Rud. W. K. als Sekretär des Abends wird auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen im Untersuchungsaudium sprechen. Eintrittskarten zu 1 M. bei Wertheim, Dote u. Post, Geschäftshaus des B. N. V., Aufzuchtstraße 125, und Abendkasse.

Der Ledebour-Prozeß
Vollständige Ausgabe
25 Mark
ist soeben erschienen!

Für eine revolutionäre Internationale können nur die Parteien in Frage kommen, die sich entschlossen auf den Boden der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und des Kampfes gegen jeden Opportunismus und jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Elementen abgeben.

Da die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Grundrissen der dritten kommunistischen Internationale einverstanden ist und in ihr den Kern einer wahrhaft revolutionären Internationale erblickt, beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, den Anschluß an die dritte Internationale durchzuführen und alle geeigneten Schritte zu unternehmen, den Anschluß der sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder herbeizuführen, damit auf diesem Wege eine aktionsfähige, geschlossene proletarische Internationale geschaffen wird, die in dem Vorkampfskämpfe der Arbeiterklasse auf dem Felde der internationalen Kapitalisten eine scharfe Waffe für die Weltrevolution sein wird.

Der Parteitag fordert alle sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder, die diesen Anschluß aus dem einen oder anderen Grunde noch nicht vollzogen haben, auf, unserm Beispiel zu folgen.
Walter Stöcker, Otto Braß, Wilhelm Koenen,
Kurt Rosenfeld, Tony Sender.

III.

Die Schaffung einer Internationale, die gewillt und befähigt ist, den proletarischen Emanzipationskampf zum Weltkampf zu bringen durch Niederzwingung des imperialistischen Kapitalismus und reifliche Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt, ist eine unserer dringenden Aufgaben.

Für die Internationale der Weltrevolution genügt es nicht, daß sie ein Diskussions- und Verständigungsmittel wird, wie die zweite Internationale vor dem Weltkriege es war. Sie muß ihre Lebenskraft erweisen durch die Organisierung gemeinsamer revolutionärer Massenaktionen des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern.

Deshalb sind die Versuche zur Halbierung der zweiten Internationale völlig zwecklos, da ihre Parteien eingegliedert sind, die in Verfolgung eines reformsozialistischen Programms während des Weltkrieges Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien zur Unterstützung des völkerverderbenden Militarismus gebildet haben. Im logischen Verlaufe dieser arbeitserföndlichen Politik labilieren diese Parteien auch heute noch als Behandlung eines kapitalistischen Regierungsklumpens den proletarischen Massenkampf, für den sie ein Bekenntnis erheben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist obendrein bereits bis zum Verlaufe einer Erwürdigung der revolutionären Arbeiterbewegung durch militäristischen Terrorismus herabgesunken.

Der Parteitag der U. S. V. D. beschließt daher die Abgabe an die sogenannte zweite Internationale, womit naturgemäß für uns jede Beteiligung an der für Genuß geplanten Konferenz ausgeschlossen wird.

Mit lebhaftem Bedauern stellt der Parteitag ferner auch fest, daß die Gründung einer kommunistischen Internationale in Moskau die Herausbildung einer weltumfassenden aktionsfähigen Internationale nicht erleichtert, sondern erschwert hat. Unter Bruch der Zimmerwälder Abmachung wurde die U. S. V. D. wie andere revolutionäre sozialistische Organisationen bei der Zusammenberufung überlassen. Auf völlig falschen Voraussetzungen bin wurde obendrein in den Moskauer Beschlüssen zu direktem Feindseligkeiten gegen unsere Partei aufgerufen.

Das kann und nicht davon abhalten, unversetzt im gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats, wie mit anderen revolutionären Arbeiterorganisationen, auch mit der Moskauer Internationale, mit der wir uns in den Dingen völlig einverstanden sind, eine Verständigung zu suchen. Diese Verständigung kann aber nur erfolgen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung trotz tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten, wie sie durch die verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Länder bedingt werden.

Der Parteitag beauftragt deshalb die Parteileitung, unverzüglich Schritte zu unternehmen zur Zusammenberufung einer Konferenz aller zur Arbeiterorganisation und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden revolutionären sozialistischen Organisationen, einschließend insbesondere der kommunistischen Internationale, um sie zu einer Internationale zusammenzubringen, die befähigt ist für den Endkampf gegen den Kapitalismus durch wirkungsvollere proletarische Massenaktionen.

Ledebour.

Unterstützt durch die Delegation von Berlin-Brandenburg.
J. A. P. Brühl.

Eine Schamlosigkeit.

Karl Nadel, dessen Rückkehr nach Rußland nach dem Abschluß der Untersuchung seit 3 Monaten nur eine Frage der beschleunigten Möglichkeit war, wurde gestern auf den Antrag seines Rechtsanwalts aus dem Gefängnis entlassen und in einer privaten Wohnung untergebracht. Zu seinem Schutz sollte die Wohnung von Kriminalbeamten bewacht werden. Die Stellen, die im Reichswehrministerium die Verfügungen zur Verwahrung Nadel's in der Hand haben, organisierten die Sache in der Weise, daß eine ganze Abteilung von Kriminalbeamten Nadel in die Privatwohnung brachte, als ob es diesen Stellen besonders daran gelegen wäre, daß der Aufenthalt Nadel's öffentlich bekannt werde. Gleichzeitig wurden durch die daran Interessierten in die ganze Presse die Nachrichten von der bevorstehenden Abreise Nadel's lanciert, was natürlich die „Deutsche Tageszeitung“ zu einem verlogenen Hetzartikel ausnützte, obwohl dieses Organ ausgezeichnet weiß, daß die Untersuchung gegen Nadel positiv ergeben hat, daß er während der Annahmeverhandlungen gegen jede Wutspolizei war. Nachdem das dafür gesorgt war, daß durch die Art der Ueberführung Nadel's in eine Privatwohnung und durch die Konzentration der Nachrichten in die Presse eine Gefahr von Ueberfällen geschaffen wurde, wurde in die Wohnung des Gostherrn von Nadel eine ganze Abteilung von Kriminalbeamten geschickt, von denen sich vier in seinem Zimmer postierten, mit der Weisung, Nadel zu bewachen, ebenso in seinem Schlafzimmer wie bei der Erledigung aller Funktionen, die selbst die Vollzeigewaltigen den Befehlungen nicht verweigern. Nadel forderte keine sofortige Zurückführung ins Gefängnis, falls diesem ebenso dummen wie brutalen Vorgehen kein Ende bereitet wird. Vor Schluß der Aktion erfahren wir, daß auf Prozeß des Rechtsanwalts Nadel's ein Teil der Vollzeigewaltigen zurückgezogen wurde, der andere blieb im anliegenden Zimmer, wobei die Türen von Nadel's Schlafzimmer offen bleiben mußten.

Die Schamlosigkeit und Brutalität dieses Vorgehens einem Mitglied der russischen Sowjetregierung gegenüber wird nur überstrahlt durch die politische Gemeindefähigkeit dieses Streikes. Nachdem Sowjet-Rußland bald Sibirien erobert hat, befinden sich in seinen Händen zehntausende deutscher Kriegsgefangener, deren Rücktransport von dem guten Willen der Sowjetregierung vollkommen abhängt. Jede Gefährdung Nadel's gefährdet natürlich die deutschen Kriegsgefangenen. Die deutsche Regierung wird gut tun, festzustellen, wer für diese Art der „Beschützung“ Nadel's verantwortlich ist. Nach unseren Informationen soll es der Kriegsgerichtsrat Sahl sein. Nadel soll sich in den nächsten Tagen über Kopenhagen nach Dorpat zu den Friedensverhandlungen begeben.

... auf dem Parteitag sah man diese anglistischen ... Zimmer haben wir richtig gehandelt, das beweist das ... unserer Partei. Wir sind und bleiben die Tapfersten ... der proletarischen Gesellschaft. Wir wollen den Zusammenbruch ... der Proletariats der ganzen Welt in der dritten Internationa- ... (Stürmischer anhaltender Beifall.)

... die Resolution Hilferding und Ledebour gemeinsam ... Bremen stellt ebenfalls einen Festen des Bureau's fest ... dem Vorsitzenden Braß Vortragsung seiner ... nungsgesunde bei der Mederliche vor. Er regt ... Vormeldung an.

... Braß wendet sich gegen Gentes Angriffe und be- ... sie als unwahr.

... Genossin Sieg-Berlin erhebt dieselben Vorwürfe wie Gente ... Braß.

... Braß widerspricht aufs neue und bezieht sich auf ... Schriftführer und Titmann zur Bestätigung.

... ist unerhört, daß solche vergiftende Anwürfe erhoben ... (Erwot)

... Leipzig wehrt sich gegen die Anordnung des Bureau's ... daß drei Viten mit den Namen der Revolutionen ... und darauf die Vermeidungen vorgenommen werden.

... Braß stellt fest, daß dieser Vorschlag bereits von ... anregt und von ihm geleitet wurde und daß er auch ... mitgeteilt worden sei.

... Berlin hält es für die praktische Erledigung für gut, ... den Vorschlag Lipinski annimmt. Er gibt Zustimmung ... in Apokryphen Gentes und der Genossin Sieg. Daraus ... Braß, daß es den Schriftführern überhaupt nicht möglich ... die Viten oecunvngsmäßig zu führen. Titmann bekräftigt ... Braß' Wunsch gemacht worden ist von seinem und Braß' ... ist Wunsch Schluß dieser unerschütterlichen Debatte.

... Parteitag beschließt einstimmig, die Debatte abbrechen. ... dem Vorschlag Lipinski auf Neumeldung zur Meder- ... sprechen erweist Dittmann u. Berlin, Genter und Sohn ... mann u. Frankfurt ist ebenfalls für den Vorschlag Lipinski ... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

... die Dinge nicht zu übertreiben. Der Vorschlag Lipinski ... von dem Parteitag angenommen.

Der Matrosenmord vor Gericht.

Eine Zierde der Berliner Polizei.

Der gestrige zweite Verhandlungstag enthüllte einen wahrhaft unglaublichen Abgrund aller menschlichen Gefühle. Zeigte er doch, wie für Leute wie Reinhard, Kessel und Konraden Menschen — und nun noch gar dazu Revolutionäre — nur bloße Spielbälle sind. Keine Spur von Reue über die Schuld an der Hinmordung von vieler unschuldiger junger Menschen, keine Spur von Entsetzen über all das Blut, das auf den Mörderinnen lastet, nein, ein herausforderndes Benehmen noch obendrein, ein freches Berechtigter erklären der unseligen Tot. Schade, so wenig, so langsam es im Untertone überall heraus. Alle dreihundert hätten erschossen werden müssen! sprach Herr v. Kessel. Die ganze Gesellschaft hätte eigentlich an die Wand gehört! sagte Oberst Reinhard.

Das sind die Leute, denen die Regierung das deutsche Volk und vor allem das deutsche Proletariat auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.

Einer unter ihnen aber steht vor allem hervor, der wofür die Vermittler des Reinhardtischen Nordbundes, der Präsident von Protokollen und von Ausweispapieren, der Unterdrücker der kriegsgerichtlichen Untersuchung, der Verantwortliche des Massenmörders, der Leiter einer heimtückischen Spitzelzentrale und obendrein der Heiligling, der noch nicht einmal für seine Untaten einzustehen wagt, der knochtisch seine Aussage verweigert nunmehr, da er zu seinen Taten stehen soll, der Polizeihauptmann von Kessel. Ja, Polizeihauptmann, ausgerechnet Polizeihauptmann wird dieser Mensch. Ein Mann mit solchem Gewissen wird dazu ausersehen, die Bewohner Berlins vor Verbrechern zu schützen. Welch Treppenvogel der Weltgeschichte, welch deutlicher Beweis für den neuen deutschen Geist!

Wie kann es sein, daß ein solcher Mann als Zeuge vor den Richterstuhl treten und daß er frei wieder den Berichtsaal verlassen kann? Muß das Gericht wirklich noch aufgefordert werden, gegen diesen Mann vorzugehen, gegen ihn die Anklage (und wieviel Anklagen!) zu erheben und ihn sofort festzunehmen? Soll heute immer noch die Uniform und ein adliger Name ein Freibrief zu allen Delikten sein? Nein Mensch wohl war im Saal, der von der schweren Schuld Kessels nicht überzeugt war; nur das Gericht wollte nicht leben; oder durfte es nicht?

Der gestrige Tag hat enthüllt, auf welcher Seite die Schuld ist. Er hat die volle Unschuld der Ermordeten, die arglos in die ihnen gestellte Falle gingen, aufgedeckt, und er hat gezeigt, daß die Schuld allein auf Seiten der Militärs liegt. Die kramphastigen Versuche Marlohs und anderer Teilnehmer, sich dadurch von aller Schuld zu entlasten, daß sie von einem „zur Wehr-gehen“ der Matrosen sprachen und so die Mordtat zu rechtfertigen, gleichsam als eine Tat der Notwehr hinzustellen suchten, sind absolut unwahr. Noch einmal (zum wievielten?) fordern wir das Gericht auf, sich die absoluten Beweise hierbei zu verschaffen. Die Beweise sind vorhanden, es sind all die Ueberlebenden der Matrosen, die Zeugen des Todes ihrer Brüder gewesen sind. Das Gericht kennt sie, wie wir sie kennen. Will das Gericht wirklich die Wahrheit erforschen, dann muß es diese Zeugen laden.

Der Verhandlungsbericht.

Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe. In der weiteren Vernehmung erklärt Oberst Reinhard: Marloh, den er erst einige Tage nach dem Mord gesprochen habe,

habe auf ihn den Eindruck eines Mannes gemacht, der sich im Bewußtsein vollster Pflichterfüllung befand. Mer den zweiten Bericht aus den Akten entern habe, wisse er nicht. Den ersten Bericht Marlohs, in dem stand, „ich habe nur auf den Befehl gehandelt“, habe er, Zeuge, nicht gelesen. Den zweiten Bericht dagegen glaube er gesehen zu haben. Der zweite Bericht hätte nicht genügend auf „um

die Suspendierung Marlohs

rückgängig zu machen, habe er, Zeuge, den Ersten Staatsanwalt Dr. Weismann gebeten, einen ganz ausführlichen Bericht aufzunehmen, und Weismann illustrierte diesen im Beisein von Marloh und ihm dem Präsidenten in die Kasse. „Ich hatte“, so fährt Reinhard fort, „den Eindruck, als ob Marloh sehr leicht doch zu scharf und unüberlegt gehandelt habe, auf Grund der Mitteilung, daß angeblich gesagt war, er sei zu schlapp.“

Auf Fragen des Anklagevertreters Dr. Meyer erklärte der Zeuge, daß er zu v. Kessel gesagt hat: „Der Waffengebrauch ist nach den Meldungen längst berechtigt, aber ich kann mich nicht so genau daran erinnern. Ob ich dabei von „Erschießen“ oder nur von „Dozwischenschießen“ gesprochen habe, weiß ich nicht genau.“ Von der Mordtat Marlohs und den Vorbereitungen dazu weiß Reinhard überhaupt nichts.

Der Verteidiger Dr. A. Grünspach macht nunmehr auf den Widerspruch in der Aussage Reinhard's

aufmerksam, der erst von ausdrücklichen „Befehlen“ für Marloh gesprochen, hieraus jedoch auf das Eingreifen des Vorstehenden hin allgemeine „Anweisungen“ gemacht habe. Dann fragt Dr. A. Grünspach: An dem Verschwinden des zweiten Berichts aus den Gerichtsakten sind Sie nicht beteiligt? Zeuge: Ich weiß nichts davon, auch nichts davon, daß der erste Bericht verbrannt worden ist. Dr. A. Grünspach: Der Angeklagte behauptet, daß er gesagt hat:

„Es ist eine Lumperei!“

Haben Sie dagegen etwas gesagt? Zeuge Oberst Reinhard: Nein, ich war an jenem Tage sehr nervös.

Die Lügen „im Interesse des Staates“.

Auf Antrag des Dr. A. Grünspach wird ein Schriftstück vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß Oberst Reinhard seine Anweisungen als Befehle angesehen haben wollte.

Das Schreiben lautet: „Auf die dringende telefonische Bitte des Oberleutnants von Kessel habe ich befohlen, von der Waffe Gebrauch zu machen, da ich eine Unterstützung nicht rechtzeitig werden können. Der Befehl erscheint mir um so mehr angebracht, da ich schon am 24. Dezember und den späteren Tagen die Gewohnheit der S. M. D. kannte, im Rücken kämpfender Regierungstruppen neue Putsch zu erzeugen.“

Zeuge Reinhard: Ich habe zu jener Zeit so viele tausend Sachen bei Tag und Nacht unterrichtet, daß ich mich nicht an diese Sache entsinnen kann. — Dr. A. Grünspach: Ist ein Verfahren wegen Mordanschlags eingeleitet worden? — Anklagevertreter Dr. Meyer: Nein, es sind Ermittlungen eingeleitet worden. Die Angelegenheit gehört aber zum Ressort der Gardelavallerieinspektionsdivision. — Marloh: Ich halte einen wahrheitsgemäßen Bericht erstattet. Meine Erregung dem Oberst Reinhard gegenüber ist daraus entstanden,

daß ich nicht wahrheitsgemäß vorgehen sollte.

Dr. A. Grünspach: Ja, da muß ich Ihnen aber doch vorhalten, daß Sie auch an anderen Stellen in den Akten Darstellungen gegeben haben, welche mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. Sie haben u. a. zum Beispiel den Kriminaloberwachtmeister Kirischbaum in einer Weise belastet, welche diesen in eine sehr üble Lage gebracht hat. Angeklagter (erregt): Das ist es ja gerade, was mich so erregt machte,

ich sollte ja im Interesse des Staates nicht die Wahrheit sagen. Dr. A. Grünspach: Tatsächlich ist der Angeklagte von Kessel fortgesetzt bearbeitet worden, daß er mit der Wahrheit zurückbleiben müsse im Interesse des Staates. Er hat unter der Lüge sehr gelitten.

Wäre es die Absicht der deutschen Kriegsherren gewesen, den amerikanischen Sozialisten Anknüpfel zwischen die Füße zu werfen, ihre Friedensforderungen zum Schweigen zu bringen, sie hätten nicht anders handeln können. Die wehrlosen Volkswirte wurden in West-Virginia zu einer Friedenskonferenz gezwungen, gezwungen, alle besetzten Gebiete den Deutschen zu überlassen, und eine ungeheure Kriegsentwöhnung ward ihnen auferlegt, so daß die russische Regierung zur Sklaverei der Zentralmächte herabsank und ihnen beistehen sollte, den Rest der Welt zu unterjochen. Die deutschen Heere marschierten durch die eroberten Gebiete, verbrannten die Bauern ihrer Nahrung, schlugen sie, erschossen sie, zerstörten ihnen Haus und Heim, wenn sie sich widersetzten. Die Welt sah, was ein deutscher Friede bedeuten würde, und jeder freie Mann bis die Zähne zusammen, ballte die Fäuste und schwor, diese Schandtat auszurotten. Jeder freie Mann — auch Jimmie Higgins!

V.

Ja, sogar Jimmie Higgins! Er beschloß, so hart zu arbeiten wie nur möglich, so viele Lastautomobile fertigzustellen, wie er nur konnte. Doch auch, es geht nicht an, daß ein Mensch, der kein Lebtage gefesselt und geknechtet worden ist, in dessen Seele Haß und Auflehnung eingedrungen sind, all dies über Nacht vergesse, weil er gewisse Berichte und Ideen in der Zeitung gelesen hat. Jimmie fühlte sich buchstäblich entzweierte; alle vierundzwanzig Stunden seines Lebens hindurch zerrten widersprechende, völlig verschiedene Ansichten ihn nach entgegengesetzten Richtungen. Er schwor, den verhassten deutschen Heeren Tod und Rache, dann aber wandte er sich um und schwor den Amerikanern Tod und Rache, die darauf ausgingen, die deutschen Heere zu vernichten.

Tenn diese letzten waren Jimmies lebenslängliche Feinde, und auch sie vermochten nicht über Nacht mit ihren Vorurteilen aufzuräumen. Zum Beispiel mit der kapitalistischen Lügenpresse, die Jimmie jeden Morgen lesen mußte. Wenn Jimmie in der „Frontonier Tageszettel“ einen patriotischen Artikel gelesen hatte, war er den ganzen Tag unruhig, für den Sieg zu arbeiten! Dazu kamen die Politiker, welche den Kriegsruf „Demokratie!“ im Ausland dazu verwendeten, die letzten Reste der Demokratie daheim zu zerstören, sich der gepöhlten und gefährlichen Radikalen

von Rechtsanwalt Grünspach wird der Antrag gestellt, dem Oberst Reinhard als militärischen Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß ein jeder Offizier, der in einer Lage war, wie sie der Angeklagte sah — nicht wie sie tatsächlich war —, d. h. beginnende Meuterei, drohender Angriff von der Straße her, strikter Befehl rückwärtsloser Waffenanwendung usw., genau so gehandelt hätte wie der Angeklagte. Der Anklagevertreter bittet den Antrag abzulehnen, da das Gericht selbst sachverständig genug sei, zu entscheiden, wie ein anderer Offizier in einer derartigen Lage gehandelt hätte.

Das Gericht lehnte den Antrag auf Vernehmung des Obersten Reinhard als Sachverständigen ab.

Es folgt die Vernehmung des Polizeihauptmanns von Kessel, damaligen Oberleutnants und Führers der 3. Streifkompagnie. Der Zeuge bekundet: Ich hielt den Wahnsinnappell für eine unredelmäßige Ausschaltung von Gelbem. Ich hatte keinen besonderen Befehl an Marloh gegeben, auch nicht geben können, da ich anderweitig dienstlich beschäftigt war. Als die Nachricht über die betragende Lage kam, gab mir Oberst Reinhard eine Darstellung der Lage in der Französischen Straße, er war in ziemlich starker Erregung und gab mir eine Anweisung; es kam ihm vor allen Dingen darauf an, daß das Kommando dort nicht niedergemacht würde.

Im Hintergrund steht Mosk.

Oberst Reinhard sprach sich sehr scharf gegen die S. M. D. und ihren Treubruch aus und sprach die Ansicht aus,

daß eigentlich die ganze Gesellschaft an die Wand gehört.

Er wies dann auf die Befehle Roskes und Lütjoh's hin, es müsse nach diesen Befehlen gehandelt werden, und er machte mich verantwortlich dafür, daß nach den gegebenen Befehlen gehandelt würde. Ich habe dann zu Leutnant Behmer gesagt: „Ob Sie zu Marloh und sagen Sie ihm: Oberst Reinhard sei während, daß er so wenig energisch vorgehe, er solle rückwärtslosgangehen, und wenn 150 dabei liegen bleiben sollten.“ Ich habe ihn auch noch auf die Befehle von Roske und Lütjoh hingewiesen und gesagt: Marloh müsse danach alles, was erschossen werden muß, erschießen. Darauf zog Behmer los. Ich hatte den Befehl von Reinhard und nicht einen Mann zur Verstärkung Marlohs zur Verfügung, und deshalb habe ich Behmer keine Anweisung gegeben. Als direkter Vorgesetzter habe ich Marloh keinen bestimmten Befehl zum Erschießen gegeben, aber doch keinen Zweifel gelassen, daß unbedingt energisch vorgegangen werden müsse. Als Marloh gegen 2 Uhr ankam, frohlockte und sehr kopul, befand er sich in größter seelischer Erregung und sagte: „Die Sache ist furchtbar gewaltig!“ Er erzählte mir, er habe 30 Mann erschossen. Ich ließ ihn zunächst niederlegen und starben, es war von ihm nichts Rechtes herauszubekommen. Am Abend des folgenden Tages hat er dann eine schriftliche Meldung über die Vorgänge gemacht. Die Meldung war sehr kurz, nach meiner Erinnerung war z. B. die Tatsache der Erschießung nur ganz kurz mit den Worten mitgeteilt:

„Ich habe befehlsmäßig fünfzig Matrosen erschossen!“

Diese Meldung war mir zu kurz und ich sagte ihm: „Gehen Sie zu Zumbroich, der unser juristischer Berater ist und uns oft schon wertvollen Rat gegeben hat, lassen Sie sich von ihm helfen. Ich bin bei der Abfassung des Berichts nicht zugegen gewesen.“

Der Fälscher als entrüsteter Nidermann.

Hauptmann v. Kessel fortsetzend: Ich muß es energisch abweisen, daß ich irgend etwas verschwiegen hätte, ich habe meinen Befehl nach Recht und Gesetz gegeben. Marloh hatte zweifellos die Ueberzeugung gehabt, daß das, was er sagt, richtig war und er nicht vertuschen wollte. Er sagte aber mal so, mal so, weil er sehr aufgeregt war. Was er mir auf meine Frage: „Auf Grund welcher Befehle?“ geantwortet hat, weiß ich nicht, er hat mir aber nicht etwa geantwortet: auf Grund Ihrer Befehle: Er hatte allerdings von Befehlen des Oberst Reinhard gesprochen, war aber die Dinge offenbar durcheinander. — Dr. A. Grünspach: Sie sollen in bezug auf den ersten Bericht gesagt haben: „Das ginge nicht, er sollte doch die Befehle seiner Vorgesetzten außer acht lassen und die Sache auf seine eigene Verantwortung.“ Zeuge von Kessel: Ich kann mich nicht erinnern, daß ich ihn in diesem Sinne zu beeinflussen versucht habe. Es ist möglich, daß ich ihm gesagt habe: „So geht es nicht, es scheint mir ungewöhnlich, daß Sie sich auf Ihre Vorgesetzten berufen, es sei doch fraglich, ob sie damit durchkommen.“ Eine

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript: übertragen von Germania zur Mühlen.

IV.

Krmer Jimmie Higgins! Ihm schien, eine wichtige Faust habe ihm ins Gesicht geschlagen, er war wie betäubt; und Wochen vergingen, ehe er den Sinn der Begebennisse zu fassen vermochte, den Zusammenbruch all seiner Hoffnungen erkannte. Der ganzen Frontonier Ortsgruppe erging es ebenso, sie schienen jegliche Elastizität verloren zu haben. Freilich schrien noch einige lärmende Elemente nach der Revolution, doch waren dies Männer, die seit zwanzig oder dreißig Jahren in theoretischen Formeln vergraben gelebt hatten und von Tatsachen ebensowenig verstanden, wie eine Kuh von Musik. Die Klügeren hingegen wußten, daß ihre Revolution von St. Louis in den Schützengraben vor Petrograd totgeschossen wurde.

Es war interessant, Rabin zu beobachten. Die Amerikaner hatten stets das Vorurteil gehabt, daß ein Jude um keinen Preis der Welt zum Kömpfen zu bewegen ist. Eine Geschichte wurde erzählt, wie ein jüdischer Vater, der sah, wie sein Sohn von einem anderen Knaben verprügelt wurde, erklerte aufzuforderte, sich zu verteidigen, worauf er die Antwort erhielt: „Sei doch still, ich halte den Fuß auf einer Münze.“ Während der ganzen Kriegsdauer waren, ausgenommen die Deutschen, die Juden Amerikas die eifrigsten Pazifisten gewesen, und nun gab es plötzlich eine von Juden organisierte soziale Revolution sowie eine russische Regierung, die zum ersten Male in der Geschichte den Juden ihre Rechte zuerkannte. Der kleine jüdische Schneider hand vor den Frontonier Volkswirte und erklärte, während ihm Tränen über die Wangen flossen: „Genossen, ich bin fertig mit dem Reden, ich ziehe in den Krieg. Ich gebe mit den bolschewistischen Sozialisten, mit den böhmischen Sozialisten, ich werde den Kaiser bekämpfen bis aufs Äußerste. Und jeder jüdische Sozialist wird handeln wie ich!“ Dies war kein bloßes Prahlerei gewesen, Genosse Rabin schloß seine Schneiderwerkstatt und trat in die „Rote Garde“ ein, die in New York von den jüdischen Revolutionären organisiert wurde.

zu entledigen und durch Besteuerung der notwendigen Dinge und durch Zwangsanleihen die Kriegskosten auf die Schultern der Armen zu wälzen. Und die Kapitalisten, die begeisterungsgläubende patriotische Reden hielten, jedoch nicht im entferntesten daran dachten, die Herrschaft über ihre Kolonien aufzugeben!

Jimmie Higgins arbeitete in einer Automobilfabrik, die Lastwagen für Frankreich herstellte. Die Arbeiter gestatteten ihren Arbeitern nicht, sich zu organisieren, und so kam es zum Streik. Die erschrockenen Unternehmer versprachen, niemanden zu entlassen, die Organisation zu gestatten, und begannen, sobald der Streik beendet war, auf die gemeinste Weise ihre Versprechen zu brechen, indem sie die aktiveren Streikenden unter den sadenleidigsten Vorwänden entließen. Jimmie Higgins, der durch die Arbeit seiner Hände der Welt die Demokratie zu bewahren versuchte, wurde ebenfalls entlassen und mußte arbeitslos durch die Straßen wandern, weil eine große profitierende Körperlichkeit nicht an die Demokratie glaubte, und ihren Arbeitern jede Möglichkeit verweigerte, die Arbeitsbedingungen zu bestimmen. Die Regierung besetzte sich eifrig mit derartigen Vorfällen, suchte der Streikepidemie, die überall die Kriegsarbeit hinderte, ein Ende zu machen, doch hatte sie hierzu noch nicht die rechten Mittel gefunden, und inzwischen lief der schwahe Keim von Jimmie Higgins Patriotismus Gefahr, zu ersticken.

Jimmie betrank sich und vergaßte einen Teil seines Geldes mit einer Dirne. Dann aber schämte er sich, weil die Erinnerung an Lizzie und seine Kinder noch in ihm fortlebte, und er beschloß, ein neues Leben zu führen. Er dachte an Leesville, an den einzigen Ort, wo er wirklich glücklich gewesen war, und wo er, seit Cheyrus Rabin Fronton verlassen hatte, noch Freunde besaß. Wie mochte es den Reicheren gehen, und der Genossin Frau Gerrity, geborenen Baskerville? Was sagt die Leesviller Ortsgruppe zu Russland und dem Krieg? Jimmie beschloß, nach Leesville zu fahren und sich auf diese Fragen selbst die Antwort zu holen. Er berechnete den Preis der Willetts und fand, daß ihm noch genug Geld darüber blieb. Diesmal wird er vornahm reisen, als Staatsbürger und Kriegsarbeiter, nicht als Landstreicher in einem Frachtwagen.

(Fortsetzung folgt.)

Dieses Verhältnisses, daß er nachherhinweg etwas auf seine Spitze nehmen soll, hat nicht stattgefunden. Im übrigen war ein Zumbroich bekannt genug, daß er nicht der Mann sei, der einen der Wahrheit widersprechenden Bericht abfaßt.

Was der Bericht geblieben ist, weiß ich nicht.

Er ist offenbar bei der Brigade Reinhard geblieben und dann wahrscheinlich weiter nach oben gegeben worden. Karlos ist dann beim Generalkommando Lüttich gewesen und hat eine Darstellung gegeben; ob daraus ein Bericht geworden ist, weiß ich nicht. Als der Bericht, bei dem Weisemann mitgewirkt hat, abgefaßt war, habe ich die vorhergehenden Berichte von den betreffenden Dienststellen zurückgefordert und verbrennen lassen. — Vors.: Welcher Unterschied war denn zwischen den einzelnen Berichten? Zeuge: In den ersten Berichten hatte sich Karlos im wesentlichen auf die Befehle von Rump und Lüttich bezogen. Angekl. Karlos: Ich kann nur behaupten, daß ich in dem „Bericht Zumbroich“ direkt gesagt habe, daß ich auf Befehl meines Vorgesetzten gehandelt habe.

Der wiedergefundene Bericht.

Von Kessel überreichte nunmehr einen Bericht, den er für den Zumbroichschen hält. Dieser Bericht ist, so sagt Kessel, vorgelesen zufällig (!) in allen vorgelegten Akten gefunden worden. — Der Bericht wird vorgelesen und enthält eine Stelle, in welcher von einem Bericht von Rump die Rede ist.

Angeklagter Karlos behauptet, daß dies ein Bericht sei, den Oberleutnant von Kessel unter Abänderung des Zumbroichschen Berichts abgefaßt hat. — Der Zeuge Kessel kann sich nicht erinnern, daß er bei einer solchen Abänderung des Zumbroichschen Berichts mitgewirkt hat. — H. v. Grünsbach weist darauf hin, daß der Zeuge von Kessel über diesen Punkt den Beutnant Wöhrner von seiner Antischwärzenheit nicht entbunden hat.

Angeklagter Kessel behauptet, daß in dem sogenannten Zumbroichschen Bericht hand, daß er auf spezielle Befehle seiner Vorgesetzten, insbesondere seitens des Oberst Reinhard, nur die Erschießung habe vornehmen lassen. In dem von Kesselschen Bericht habe man dies dann weggelassen. — Zeuge von Kessel kann dies nicht aufklären. — Karl Vetterling des Vorsitzenden erklärt Zeuge noch: Karlos ist nach den Vorfällen auf 8 Wochen zur Erholung in die Umgebung Berlins gegangen, und zwar

unter angenommenen Namen,

aber unter Zurücklassung seiner Adresse bei ihm (Zeugen). Er, Karlos, habe sich damals sehr unwohl gefühlt, da man eine Kappränne von 16 000 Mark von bestimmter Seite ausgehört hatte.

Ich habe, so bekundet Zeuge weiter, die Ueberzeugung gehabt, daß Karlos richtig gehandelt hätte und ungeschädigt war. Aber ich mußte damit rechnen, daß er eines Tages doch festgenommen werden würde. — H. v. Grünsbach: Bei einer Unterredung mit dem General von Oerzen sollen Sie ausdrücklich erklärt haben, Oberst Reinhard habe die Erschießung befohlen. — Zeuge: Das ist jedenfalls falsch verstanden worden. Ich habe nur gesagt, Oberst Reinhard habe mir eine recht scharfe Instruktion gegeben, die ich aber abgeändert habe. — Der Zeuge bekundet weiter: Als der Angeklagte nach 8 Wochen zurückkehrte, war er mit seinen Nerven noch sehr herunter. Ueberhaupt war Karlos, der früher bei seinen Kameraden sehr beliebt war, später das direkte Gegenteil. — Vors.: Am 27. Mai erschien dann in der „Freiheit“ ein Artikel „Gute Zeit für Mörder“. Inwieweit hat der Artikel auf den Angeklagten eingewirkt? — Zeuge: Es war nie klar, daß Karlos sehr gefährdet war, man sprach von einer „Anschaffung“, spontane hinter ihm her usw. Aus diesen Gründen habe ich ihm geraten, zu verschwinden. Verschieden habe ich ihm nicht burlauben wollen wegen des Skandals in der Öffentlichkeit. Aus diesen und anderen Gründen habe ich ihm geraten, zu verschwinden.

Nicht für wünschenswert.

Nebenbei hätte ich begründete Annahme, daß eine Verhandlung damals nicht wünschenswert erschien. Auf wiederholte Vorhaltungen des Vorsitzenden, des Vertreters der Anklage und der Verteidiger erklärt der Zeuge v. Kessel immer wieder unterworfen: Ich hielt eine Verhandlung eben nicht für wünschenswert. Auf die Frage nach dem Grunde, immer wieder: Ich hielt es eben nicht für wünschenswert. Als nun der Vorsitzende fragt, ob da vielleicht ein Wink von oben dahinterstehe, verweigert der Zeuge die Auskunft.

Ein vorbildlicher Polizeihauptmann.

Als nun der Vorsitzende auf die gegen den Zeugen v. Kessel erhobenen Vorwürfe zu sprechen kommen will, auf die Klage Karlos, die Kessel veranlaßt, auf die 16 000 Mark, die er von irgendwoher erhalten und Karlos zugestiftet, und auf die gefälschten Papiere, mit denen er Karlos für die Flucht ausgestattet hat, da verweigert Herr v. Kessel über alles die Auskunft.

Der nächste Zeuge ist Beutnant Wöhrner: Er habe von Oberleutnant v. Kessel den Auftrag erhalten, zu Karlos zu gehen. Der Befehl ging dahin: „Besorgen Sie dem Oberleutnant Karlos, daß Oberst Reinhard sehr wütend sei, weil er gegen die 800 Matrosen zu schlapp vorgehe. Er solle in ausgiebigster Weise von der Waffe Gebrauch machen, und wenn er 100 Mann erschüsse.“

Alles, was er erschließen könne, solle er erschließen.

Die Verstärkung würde noch 1-1/2 Stunden auf sich warten lassen. Oberst Reinhard wisse auch gar nicht, wo er mit den 800 Reuten bleiben solle. Karlos war bei Entgegennahme des Befehls sehr erregt und erklärte: 100 Mann erschließen? Du bist wohl verrückt. Ich weiß nicht, was ich zu tun habe. Diese Bemerkung hat der Zeuge für eine Art militärisches Geschimpfe gehalten. Dem Zeugen kam die Situation in der französischen Straße sehr unheimlich vor, da 600 gegen 800 Mann standen; er hat auch Murren und Unruhe bemerkt, so daß er meinte, daß es nur eines Punktes bedürfe, um das Pulverfaß in die Luft fliegen zu lassen. Der Zeuge hat nach Rücksicht Herrn v. Kessel gemeldet, daß er den Befehl ausgeführt habe, und ihm auch gesagt, daß es unheimlich aussehe. Die Anweisung Kessels habe er als unbedingten Befehl aufgefaßt, dem zu gehorchen war. — Was den sogenannten Zumbroich-Bericht betrifft, so weiß Zeuge, daß Staatsanwalt Zumbroich mit Karlos jeden einzelnen Satz besprochen hat. Der Bericht, der nach seiner Ueberzeugung der Wahrheit entsprach, ist dem Zeugen diktiert und dann in Maschinenschrift niedergelegt worden. In späteren Gesprächen mit Karlos hat dieser immer es als das U und O hingestellt, daß er nur dem ihm gewordenen Befehle nachgekommen sei und die erschossen habe, die als Mörder oder Mordführer bezeichnet wurden oder die Waffen bei sich führten. Nach weiteren Bekundungen über die Flucht Karlos, der sehr unwohl wurde und der Ueberzeugung war, daß man ihn nach dem Leben trachte, und deshalb wiederholt die Wäsche ansprach, sich vom Kriegsgerichtsrat Meyer in Schußhaft nehmen zu lassen, betonte er noch, daß diese Absicht dadurch bereitwillig wurde, daß Kriegsgerichtsrat Meyer sich damals dienstlich in Alkenstein befand.

Darauf tritt die Pause ein.

Kessel als Urkundensäcker.

Nach der Mittagspause wird Beutnant Wöhrner weiter vernommen. Vors.: Schildern Sie uns, wie damals der Bericht des Oberleutnants Karlos zusammen kam. — Zeuge: Karlos sagte zu mir: „Ich muß wieder einen Bericht machen.“ Wir gingen in das Zimmer 550, wo außer Karlos und mit

Konstmann Kessel anwesend war. Kessel sagte zu Karlos: „So geht das nicht.“ Darauf hat Kessel einen neuen Bericht diktiert, den ich schrieb. Ich machte von diesem Bericht sieben Durchschläge, die Karlos unterschrieb und von denen auch Staatsanwalt Weisemann ein Exemplar bekam. In einem Sonnabend saß Hauptmann Kessel zu mir: Sie hätten mir jetzt alle bereits eingereichten Lathberichte von der Brigade Reinhard, Struben und dem Generalkommando Lüttich zusammen. Auf der letzten Dienststelle erhielt ich den Bericht nicht zurück, und da Kessel mir gesagt hatte: „Sie kommen mir ohne die Dinger nicht wieder ins Haus“, telephonierte ich ihm an, daß das Generalkommando den Bericht nicht habe. Kessel antwortete mir: „Es ist gut.“

Die weitere Vernehmung des Zeugen erstreckt sich auf die Umstände, unter denen die Flucht Karlos vor sich gegangen ist. Pfarrer Rump habe Karlos, nachdem er wiederholt von Herrn von Kessel beauftragt worden war, gesagt: Du gehst entweder in eine Irrenanstalt oder ins Zuchthaus oder gehst auf die Flucht. Mittel für das Ausland seien bereit. Es sei seine väterländische Pflicht, zu fliehen, denn ein Prozeß würde einen solchen Staub aufwirbeln und könnte auf die Stellung Reinhard, Kossels und der Regierung einen gefährlichen Einfluß ausüben. Er selbst sei in Gefahr, jeden Augenblick von Spionagen umgebracht zu werden, und so sei es das Beste, daß er auf Berlin verschwände. Karlos hat sich von Rump das Ehrenwort gegeben, daß seine Entfernung nur eine zeitweilige sein und er wiederkommen solle, sobald die inneren Verhältnisse es gestatteten. Was die Papiere anbelangt, die Oberst Karlos zu seiner Flucht mitbekommen hat, so habe er Zeuge

diese Papiere angeschrieben, und v. Kessel habe sie unterschrieben.

Sie sind dann dem Angeklagten Karlos vom Zeugen ausgehändigt worden. Dieser habe die Flucht nur erwirkt, weil ihm immer wieder nahegelegt worden war, daß seine Flucht eine väterländische Pflicht gegen die Regierung sei und da ihm gegenüber betont wurde, daß Reinhard, Kossel und die Regierung sich nicht nicht würden halten können, wenn der Prozeß gegen Staub auszuweheln würde. Pfarrer Rump habe über seine mit Obf. von Kessel gepflogenen Gespräche sofort Aufzeichnungen gemacht. Um 2 Uhr mittags fuhr Karlos vom Anhalter Bahnhof ab, nachdem ihm ein Offizier 600 M. überreicht hatte. Kessel sagte bei einer Unterredung zu Rump, daß durch einen Prozeß Reinhard, Kossel und Lüttich kompromittiert würden. Kessel sagte auch, er sei beim Generalkommando Lüttich gewesen, und die Papiere seien dort

vor Freude hochgeschrien, als sie hörten, daß Karlos verschwinden wollte.

Kriegsgerichtsrat Meyer: Sie haben doch Karlos den Befehl überbracht: Du sollst erschließen, was du kannst. Du sollst 100 Mann erschließen. — Glauben Sie, daß auf Grund dieses Befehls Erschießungen vorgenommen seien? — Zeuge: Das war meine Ueberzeugung. Kessel hat mir gesagt, es wäre am besten gewesen, wenn alle 300 erschossen worden wären. Rechtsanw. Grünsbach: Worin Sie zugehen, als General Oerzen mit Kessel sich über die Angelegenheit Karlos unterredet, und wissen Sie, wie Hauptmann Kessel sich über die Form der Befehle aussprach? — Zeuge Wöhrner: Bei Pfarrer Rump fand ich vor drei Wochen eine Besprechung statt und Pfarrer Rump hat ein Protokoll angefertigt, das General Oerzen und ich unterschrieben. — Vors.: Was sagte Hauptmann Kessel über die Schuldfrage? — Zeuge: Kessel sagte, Karlos habe zwar nur einem Befehl Folge geleistet, aber die Auskunft bei der Erschießung nicht richtig getroffen.

Vom menschlichen Standpunkt aus habe er ganz richtig gehandelt, nur juristisch sei die Sache nicht ganz einwandfrei.

Weisemann und Zumbroich.

Als Zeuge wurde hierauf der Erste Staatsanwalt Dr. Robert Weisemann vernommen, welcher folgendes bekundet: Ich glaube, es war am Tage nach der Tat, als der Beutnant Karlos mich bat, ihm bei der Aufzeichnung der Geschehnisse behilflich zu sein, er sei sehr erregt und gar nicht in der Lage, alles selbst zu Papier zu bringen. Ich sagte ihm, daß ich dazu gern bereit sei, wenn kein Vorbehalt, der Oberst Reinhard, damit einverstanden sei. Darauf kamen beide zu mir ins Zimmer. Ich muß nun erst erklären, wie ich überhaupt dazu kam, diese Sache zu übernehmen, mit der ich als Staatsanwalt überhaupt nichts zu tun hatte. In jenen aufgeregten Tagen hatte die richtige Polizei völlig verlagert und wir konnten des Verbrechens, welches sich in Berlin ereignet hatte, nur Herr werden dank der Hilfe der Gardewallerieschützenbrigade, der Brigade Reinhard und der „Mittleren“ Kraftfahrstaffel Kessel. Da wir keinen polizeilichen Schutz hatten, haben wir uns insbesondere an den Oberst Reinhard gewendet, welchen ich persönlich für den damaligen

Mittler von Berlin

hielt. Dieser ist uns gern gefällig gewesen und es freute mich, unserm Helfer ebenfalls einmal eine Gefälligkeit erweisen zu können. Deshalb ging ich zu Karlos, der sich hier in einem Dienstzimmer im Kriminalgericht aufhielt. Ich möchte besonders betonen, daß aus Karlos sehr wenig herauszubekommen war, er war beunruhigt und betwortete in seinen Auslagen, daß ein richtiges Bild überhaupt nicht zu gewinnen war. Das war ja aber auch zu erklären, denn die Tat war eine so grauenhafte, daß derjenige, der damit zu tun hatte, sehr wohl verständnislos sein konnte. Ich erinnere mich nun noch genau folgender Szene: Karlos stand in starrer Haltung vor dem Oberst Reinhard und sagte — daß weiß ich genau — drei- bis viermal: Selen der Herr Oberst verzeiht, daß Herr Oberst wieder mich noch einen einzigen meiner Leute wiedersehen hätte, wenn ich nicht so gehandelt hätte, wie ich gehandelt habe. Ich habe doch so oft um Hilfe gebeten, warum ist denn die Hilfe nicht gekommen? — Ich ruhigte Karlos, so fährt Zeuge fort, und sagte ihm, daß man ihm ja gar keinen Vorwurf mache. Der schon erwähnte Ausdruck „Aumerei“ ist in meiner Gegenwart nicht gefallen, ich erinnere mich jedenfalls nicht daran.

Auf eine ganze Reihe von Fragen seitens des Vorsitzenden und der H. v. Grünsbach und Pitzsch bekundet der Zeuge ferner: Er habe nicht gewußt, daß schon vorher zwei Berichte abgefaßt worden seien, er erinnere sich aber genau, daß im Laufe des Gesprächs Oberst Reinhard erwähnt habe, es sei schon eine Meldung gemacht worden, die aber so betwortet sei, daß sie überhaupt nicht zu brauchen sei. Als Staatsanwalt Weisemann auf Verlangen des Vorsitzenden erklärte, er hätte beim Diktat des Berichtes nicht Schriftliches in der Hand gehabt, wirt der Angeklagte ein, daß er als Grundlage doch einen Bericht gehabt hätte, da er, der Angeklagte, nicht in der Lage gewesen sei, zusammenhängende Auslagen zu machen. Staatsanwalt Weisemann kann sich daran nicht erinnern.

Zeuge Staatsanwalt Zumbroich, zur Zeit副kommandiert zur Sicherheitswehr beim Polizeiviertelamt, bekundet u. a., daß die einzelnen Vorgänge neun Monate zurückliegen und er sich in mancher Hinsicht eblich nicht festlegen könne. Der Zeuge schildert, wie er sich anlässlich eines dienstlichen Auftrages im Zimmer des Oberleutnants Kessel befunden habe und zufällig Oberst Reinhard hinhingekommen sei. Oberst Reinhard schien etwas unwohl zu sein und sagte ungefähr, man müsse energischer sein. Der von Kessel habe ihn dann gerufen, ich möchte Karlos behilflich sein bei der Abfassung eines Berichtes. Karlos hat sich bestimmt auf Befehle berufen, und zwar auf Befehle des Oberstkommandierenden, aber auch auf Befehle von Lüttich und Oberst Reinhard. Er, Zeuge, habe mit seiner Ansicht, daß Karlos durch die Befehle gedrückt sei, gar nicht zurückgeblieben. Er habe den Eindruck gehabt, daß Karlos nicht zurückweichen wollte und auch nicht um der Wahrheit willen.

Staatsanwalt Meyer: Sie haben doch Karlos den Befehl überbracht: Du sollst erschließen, was du kannst. Du sollst 100 Mann erschließen. — Glauben Sie, daß auf Grund dieses Befehls Erschießungen vorgenommen seien? — Zeuge: Das war meine Ueberzeugung. Kessel hat mir gesagt, es wäre am besten gewesen, wenn alle 300 erschossen worden wären. Rechtsanw. Grünsbach: Worin Sie zugehen, als General Oerzen mit Kessel sich über die Angelegenheit Karlos unterredet, und wissen Sie, wie Hauptmann Kessel sich über die Form der Befehle aussprach? — Zeuge Wöhrner: Bei Pfarrer Rump fand ich vor drei Wochen eine Besprechung statt und Pfarrer Rump hat ein Protokoll angefertigt, das General Oerzen und ich unterschrieben. — Vors.: Was sagte Hauptmann Kessel über die Schuldfrage? — Zeuge: Kessel sagte, Karlos habe zwar nur einem Befehl Folge geleistet, aber die Auskunft bei der Erschießung nicht richtig getroffen.

Staatsanwalt Meyer: Sie haben doch Karlos den Befehl überbracht: Du sollst erschließen, was du kannst. Du sollst 100 Mann erschließen. — Glauben Sie, daß auf Grund dieses Befehls Erschießungen vorgenommen seien? — Zeuge: Das war meine Ueberzeugung. Kessel hat mir gesagt, es wäre am besten gewesen, wenn alle 300 erschossen worden wären. Rechtsanw. Grünsbach: Worin Sie zugehen, als General Oerzen mit Kessel sich über die Angelegenheit Karlos unterredet, und wissen Sie, wie Hauptmann Kessel sich über die Form der Befehle aussprach? — Zeuge Wöhrner: Bei Pfarrer Rump fand ich vor drei Wochen eine Besprechung statt und Pfarrer Rump hat ein Protokoll angefertigt, das General Oerzen und ich unterschrieben. — Vors.: Was sagte Hauptmann Kessel über die Schuldfrage? — Zeuge: Kessel sagte, Karlos habe zwar nur einem Befehl Folge geleistet, aber die Auskunft bei der Erschießung nicht richtig getroffen.

Die gestohlenen Akten.

Darauf wird der Kriegsgerichtsrat Ehrhardt über den Verbleib der beiden ersten Lathberichte Karlos vernommen. Er erklärt, daß am 14. März auf Anordnung des Generals v. Sittich das Verfahren gegen Karlos auf Grund des ersten Lathberichtes befohlen worden sei. Ehrhardt habe den ersten Bericht gelesen und auch mit Hauptmann v. Pabst gesprochen. Ehrhardt fiel an dem Bericht auf, daß die Frage der Wöhrner, in der sich Karlos befunden haben will, nicht genügend angedeutet worden war. Er befandte weiter, daß ihm aufgefallen sei, daß der erste Bericht nicht von Karlos unterzeichnet war. Das Totum stimmte nicht und so fügte der Zeuge diese Bemerkungen dem Aktenstück bei. Er verlor auch von der Brigade Reinhard die förmliche Rennung sämtlicher in Frage kommenden Zeugen. Die Brigade antwortete, daß Hauptmann von Kessel und Oberleutnant Karlos nicht mehr ihr, sondern der Gardewallerieschützenbrigade unterstände. Er habe vor allem auch deshalb auf eine Untersuchung gedrängt, weil eine solche Untersuchung nur dann hätte vorzunehmen werden dürfen, wenn tatsächlich Widerstand geleistet worden wäre.

Zeuge Hauptmann Steuben, j. Bt. Generaladjutant bei Oberst Reinhard hat den Befehl für das Unternehmen gegen die B. R. D. ausgeführt; er glaubt nicht, daß er ein schriftlicher Befehl des Oberst Reinhard vorgelegen habe. Der Zeuge hat den sogenannten Lösungsbefehl für eine verbleibende Versammlung erhalten. Von Oberst Karlos kamen telephonisch dringende Hilferufe, auch An Schröder meldete, daß Oberst Karlos dringend um Hilfe bitte. Oberst Reinhard meinte dazu, daß eine Verstärkung außerordentlich schwierig sei, so er nicht wisse, wo er die Leute hernehmen solle;

Karlos solle nur energische Maßnahmen treffen,

das wäre die beste Unterstützung. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß bei dieser Gelegenheit nicht davon die Rede gewesen sei, daß Karlos unter allen Umständen fliehen solle. Oberst Reinhard habe seinen förmlichen Befehl erteilt, sondern bei der Unterredung sich nur dahin geäußert: wenn die Lage so gefährlich ist, so muß er selbst wissen, daß er energisch eingreifen muß.

Als nächster Zeuge wird Beutnant Schröder vernommen. Ich war vormittags in meinem Bureau, als jemand mit der Meldung kam, Oberleutnant Karlos habe soeben aus der französischen Straße angerufen, er hätte eine Unmenge Gelbnoten mitgebracht, brauche aber dringende Verstärkung. Ich glaube, er kam auch von Kaufhäusern. Ich brachte diese Meldung zum Oberst Reinhard, der mir daraufhin sagte: Gehen Sie zu Karlos und sagen Sie ihm, er müsse durchgreifen. So geht es nicht weiter.

Denken Sie an Rixdörfer, wo 60 Polizeibeamte erschossen wurden.

Vors.: Was für einen Befehl gab Ihnen Oberst Reinhard darauf? — Zeuge: Es war kein direkter Befehl. Er sagte, wenn Karlos Hand geleistet würde, solle von der Waffe Gebrauch gemacht werden. — Vors.: Also ein Befehl, schließlich von der Waffe Gebrauch zu machen, ist nicht gegeben worden? — Zeuge: Nein!

Rechtsanwalt Grünsbach fragt darauf die erste Zeugin des Zeugen vor, in der es folgendermaßen heißt:

„Oberst Reinhard nahm mich beiseite und sagte: „Sagen Sie Karlos, er soll sich nicht weiter aufhalten, sondern sofort verschwinden.““

Vors.: Glauben Sie, daß Karlos sich nicht weiter aufhalten sollte? — Zeuge: Das geschah wohl, um nicht zu fliehen. — Zeuge Beutnant Wöhrner: Karlos hat mir auch wiederholt mitgeteilt, daß der Beutnant Schröder überbrachte Befehl bedeutend scharfer gewesen sei, als der von mir übermittelte. Angeklagter: Das war ein Verstum von mir. Ich habe die beiden Befehle durcheinandergeworfen.

Rechtsanwalt Grünsbach richtet nunmehr an den Zeugen Kessel die Frage, ob nicht bei der 3. Streifkompagnie, die geführt habe, wiederholt gesagt worden sei, mit den Gelbnoten dürften nicht viel Umstände gemacht werden, man müsse sie einfach erschließen. — Hauptmann v. Kessel behauptet auf diese Frage, daß zu jener Zeit wiederholt die Rede von der Verwendung der Gelbnoten gewesen sei. — Zeuge: Das ist richtig. — Zeuge: Die Gelbnoten sind überflüssig. Karlos hat nicht viel Umstände. Er sei aber diesen Reden energisch entgegengetreten und hätte auch in seinem Befehl keine Rede von der Verwendung der Gelbnoten gemacht. — Rechtsanw. Grünsbach: Der Inhalt des Protokolls über die Hilfe zur Flucht seitens des Herrn v. Kessel gefaßt? — Vors.: Die Vernehmung erfolgte am 1. Juni 1919 durch Kriegsgerichtsrat Meyer im Beisein des Beutnants Hoffmann. — Rechtsanw. Grünsbach: Bitte Herrn Beutnant Hoffmann über eine Aussage des Herrn v. Kessel zu vernehmen, die dieser damals unter seinem Namen machte und die er heute verweigert. — Vors.: Herr Beutnant Wöhrner, wie war der Inhalt des Befehls, den Ihnen Herr v. Kessel gegeben hat? — Wöhrner: Oberst Reinhard hat mich auch gar nicht, wo er mit den ganzen Reuten hin sollte. — Vors.: In Ihrer Vernehmung am 1. Juni 1919 haben Sie davon nichts gesagt. — Zeuge: Ich war damals gerade bei der Wache zurückgekommen. Die Vernehmung kam für mich sehr überraschend. Ich sprach daher sehr vorsichtig. Ich habe später jedoch bei der nächsten Vernehmung, habe ich jedoch diesem Inhalt des Befehls Mitteilung gemacht. — Rechtsanw. Grünsbach stellt eine Anklage des Beutnants Schröder vor, daß dieser es für möglich erklärt, daß davon gesprochen wurde, daß man solle gar nicht, wohnen mit den ganzen Reuten. — Zeuge: Darauf wird die Verhandlung auf Freitag vermitelt 9 Uhr vertagt.

Die neuen Wuchergerichte.

Der „Rechtswächter“ veröffentlicht die vom Reichstag der Nationalversammlung genehmigte Verordnung über die Wuchergerichte gegen Schleißhandel und Preistreiberie vom 27. November. Die Wuchergerichte bestehen aus drei Richtern, von denen einer den Vorsitz führt, und zwei Schöffen. Ein Schöffe ist der Kreisen der Verbraucher, der andere den Kreisen der Arbeitgeber oder Handeltreibenden zu entnehmen.

Die Zuständigkeit der Wuchergerichte bezieht sich auf allen Dingen auf Verträgen und Vergehen des Schleißhandels und der Preistreiberie, auf damit zusammenhängende Straftaten und Bestrafung und dergleichen. Vor diese Gerichte soll die Staatsanwaltschaft nur solche Sachen bringen, die sich zu einer öffentlichen Beurteilung eignen. Welche Verhältnisse die Staatsanwaltschaft hierüber angucken hat, ist nicht besonders angegeben. Die wesentlichste Besonderheit des Verfahrens besteht darin, daß der Beschuldigte wegen Mißhandlung in Unterlassungshaft genommen werden darf, ohne daß der Verdacht der Mißhandlung weiterem Begründung bedarf, wenn der dringende Verdacht von Schleißhandel oder Preistreiberie vorliegt.

Ein Verteidiger soll bestellt werden, wenn der Beschuldigte nach seinem Bildungsgrad oder bezweigen, weil er nicht

Zur Reorganisationsfrage.

Von Henry Meyer, Diktator.

Es ist ja sehr zweifelhaft, ob eine Diskussion über das neue Organisationsstatut der U. S. V. Berlin-Brandenburg jetzt, nachdem seine Annahme durch zwei Bezirksverbandsgeneralsammlungen (7. September und 5. Oktober) bereits erfolgt ist, vorzuziehen ist. Der Entwurf ist in 2 Generalsammlungen der Kreisorganisation Leipzig-Weissem 1922 Juni und 20. Juni) ausführlich erörtert worden und hat in der Fraktion der Reorganisationskommission von Berlin in seinen Grundzügen vorliegen.

Da aber in der „Freiheit“-Aberausgabe vom 17. November abersolms ein Irrtümer Artikel über die Frage sich befindet, so sei es mir, als Obmann der ehemaligen Reorganisationskommission des Kreises Leipzig-Weissem, gestattet, dem Verfasser, Genossen Karl Leib, etwas zu erwidern:

Zweifellos ist, daß keine Kräfte vergeudet werden dürfen. Aber war denn das unter früherer Fehler, daß wir Kräfte vergeudet? Am Gegenteil, nicht benutzt, nicht herangezogen haben wir die Kräfte. Darum beherzigen wir sie nicht. Immer dieselben Funktionen waren es bisher, die arbeiten, und diese waren mit Funktionen überlastet. Die große Masse der Genossen war nicht genügend beteiligt und daher uninteressiert. Ein Mangel, das nicht gebraucht wird, verflümmert, auch in der Organisation. Die ungenutzten Kräfte, die in der Masse unserer Parteigenossen schlummerten, zu wecken, ja, sie überhaupt erst zu erkennen, dazu soll der Neubau uns helfen.

Es ist vom Genossen Leib mit Recht hervorgehoben, daß die neue Organisationsreform mehr „Aktionsfähigkeit“ haben w. d. Nicht einzuführen ist aber, warum dadurch die Forderung, die Genossen zu größerer Selbstständigkeit im Handeln zu erziehen, zu kurz kommen soll. Gerade der breitere Aufbau, den die Organisation erhält, und namentlich die auf ihren Arbeitsgebieten völlig selbstständigen Kommissionen bilden die größte Gewähr für die Entwicklung der Initiative der einzelnen Mitglieder. Angesichts der vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten für alle Mitglieder, welche arbeiten und etwas gestalten wollen, kann wohl von „Erlöschung“ nicht gut gesprochen werden, wie ja überhaupt eines der bestimmenden Momente bei der Schöpfung des neuen Werkes darin bestanden hat, das Wort durch das Lebendige zu erheben.

Eine Verleugnung dieses obersten Grundgedankes ist es, wenn dem Statut etwa zum Vorwurf gemacht wird, daß wir in vielen ländlichen Bezirken kaum so viel Mitglieder haben, um alle Posten auch nur annähernd besetzen zu können. Ueberhaupt haben die Redaktionen nicht in die Pflicht des neuen Werkes. Aber abgesehen davon: Im ersten Satz des Statuts steht unter „Kommisionen“: „Je nach Bedarf und vorhandenen Kräften.“ Wenn ein Ort keinen Genossen für irgendein Gebiet, z. B. für Wohnungswesen, besitzt, so werden eben, bei sich bietender Notwendigkeit, Genossen anderer Arbeitsgebiete das Bildungswesen mitverantworten. Aber eine Delegation in die nächsthöhere Instanz, also den Bezirk, ist dem betreffenden Ort verweigert, solange, bis er einen Genossen speziell für das Bildungswesen stellt. In dieser Selbstausstattung des Orts auf jedem Gebiet. Für das er keine Delegation zustandbringt, andererseits aber in der unbeschränkten, nur von den Möglichkeiten der Delegierten abhängigen Möglichkeit, durch automatische Anleihe bis in die wichtigsten Instanzen zu gelangen, liegt gerade für die kleinen Orte ein ungeheurer Sporn zu richtiger sozialistischer Arbeit auf jedem Gebiet.

Größere Unverständlichkeit ist es mir, wie Genosse Leib schreiben kann:

„Dann will mir nicht in den Kopf, daß unter allen Umständen die leitenden Kommissionen nicht durch direkte Wahl besetzt werden, daß vielmehr indirekt gewählt wird.“

Das ist nicht eine Kritik einer Einzelheit, sondern damit steht und fällt das ganze Statut. Das Vorgehen der Kommissionen nächsthöherer Instanz aus den entsprechenden Kommissionen der niederen ist das Wesentliche nicht nur dieses Statuts, sondern des gesamten Parteiensystems. Das vielgerühmte Wort „Kette“ im Statut ist dem doch etwas mehr als nur ein Wort. Dafür nur ein Beispiel:

Die „freie Abberufbarkeit“ war auch in demjenigen Statutenentwurf vorgesehen, der am 7. September zugunsten des jetzigen abgelehnt wurde. Wie aber würde die Abberufbarkeit in jenem, auf der alten „direkten“ Wahl beruhenden System wirken? In jeder Abberufung eines Funktionärs wäre der Apparat einer Generalsammlung nötig. Ganz abgesehen vom Wende, das eine solche kostet, würde ihre Überberufung längere Zeit, bei Delegiertenversammlungen sogar Wochen erfordern. Während dieser Zeit wären sämtliche Parteigenossen in Atem gehalten. Solch eine Vergewandung der Kräfte unserer Parteigenossen zu Personenfragen, anstatt zu sozialistischer Arbeit, ist uns doch nicht ganz unbekannt. Eine freie Abberufbarkeit, ebenso wie eine freie automatische Anleihe in diesen, die unter den Funktionären durch Krankheit, Tod, Verhütung usw. entstehen, gibt es eben nicht bei „direkter“ Wahl, sondern nur im nächsten.

Und diese „indirekte“ Wahl wird noch andere Vorteile bieten. Es wird nicht mehr verkommen, daß sich Genossen nur dann bilden lassen, wenn die Delegiertenmassen zum Parteitag aber zur Verbandsgeneralsammlung stattfinden. Alle Ämter geben häufig weit mehr als bisher Grund zur Mitgliederverarmung und zum Bahaband. Alle Funktionen werden direkt oder indirekt von da aus vergeben, und nur die modernsten Instanzen, die besten der Parteioberorganisation, verheimlicht, scheitert sich selbst von jeder höheren Arbeit aus. Dem Führer ist für die „Arbeitsstellen“ der Partei zu haben. So wird neues Blut, neues Durchbluten des Parteiförpers geschaffen. Und das ist auch eine „demokratische Verfassung“.

23. Ortsrentenfesttag.

Der Hauptverband Deutscher Ortsrentenklassen hielt vom 22.—25. November in Leipzig seine 13. Hauptversammlung ab. Zunächst erstattete der Geschäftsführer Lehmann den Bericht des 670 Delegierten den Bericht des Vorstandes. Er verlangt eine durchgeführte Zentralisierung der Krankenversicherung, Verringerung aller Nebenlasten, Betriebs- und Anwesenheitslohn, die Einführung der Versicherungsbeiträge für alle, bei denen die soziale Bedürftigkeit vorliegt, Versicherung der Angehörigen und Familien, Fürsorge für Wohnung und Arbeit, Ausdehnung der Versicherungsbeiträge bis zu einem Einkommen von 10 000 Mark. Erhöhung der Grundbeiträge auf 20 Mark. Die Löhne, die die Tarifgemeinschaften und Unfallversicherungen heute auf die Krankenkassen abgaben, müßten von diesen selbst getragen werden.

Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und erteilte Entlastung. Hierauf referierte der Vorsitzende Lehmann über Verhandlungen mit dem Leipziger Arbeitgeberverband, der eine übertriebene Erhöhung der Honorare um 100 Prozent forderte. Wenn der Verband auch bereit sei, mit dem Konzern einen Tarifvertrag einzugehen, so habe doch eine Verständigung die Gleichberechtigung beider Teile zur Voraussetzung. Eine abschließende Regelung dieser Frage sei leider nicht zu erreichen. Die gleiche Behandlung für Arbeitermitglieder und zahlungsfähige Arbeitslosen müsse erreicht werden. In der darauffolgenden Debatte wurde dem Referat Beifall zugeteilt.

Lehmann sprach dann über die Umgestaltung der Versicherungsorganisation und stellte Vorschläge auf, in denen u. a. gefordert wird: Verbesserung der Bodenpflege und Einführung der Familienkrankensysteme, Ausdehnung des Umfangs der Versicherungsbeiträge, Organisierung von Branchentarifverbänden und Einheitslöhne für jeden Verwaltungsbezirk.

Schlich-Breslau berichtete, daß die Verhandlungen mit dem Hauptverband der Angestellten über die Tarifgemeinschaften

nach nicht abgeschlossen seien. Angesichts der Inflation und der Erhöhung mancher Lebensmittel fordert Lehmann die Zentralisierung der Apotheken und Arzneimittelherstellung. Unter- suchungsführer Graf vertrat den Standpunkt, daß die Wirtschaft hier Abhilfe schaffen müsse. Es wurde eine Kommission ernannt, die befragt, daß die Konferenz erneut die Auf- erkundung der Kaffeevereinbarungen auf die gewaltig gestiegenen Aufwendungen für Heilmittel lenkt. Die Karte sollen zu einer wirtschaftlichen Verordnungsweise angelegt werden. Die Ver- sichereren sind vor der Überforderung eines überlebenden Arznei- verbrauchs zu warnen. Mit den Apotheken und Heilmittel- herstellern soll die Lieferungsbedingungen zu vereinbaren. Von der Lieferanten soll die Lieferungsgüter abgenommen werden. Die Befestigung wird gefördert: Die Gründung und der Betrieb von Apotheken und Heilmitteln ist nach gemeinnützigen Grund- sätzen zu organisieren.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände betreffen Kaffeeverein- barungen und Organisationsfragen. Eine Lohnänderung wurde an- genommen, nach der die Beiträge der Klassen an den Haupt- vorstand erhöht werden.

Gewerkschaftliches.

Die Neuwahl des Vorstandes der Buchdrucker.

Uns wird geschrieben: Im Laufe der vergangenen Woche haben die im Verband der deutschen Buchdrucker organisierten Gewerkschaften die Wahlen der Vorstandsführer und Delegierten vorgenommen. Während die Opposition bisher nur wenige Stimmen auszubringen vermochte, ist es ihr diesmal gelungen, eine erhebliche Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Im vierten Bezirk konnte sie ihren Kandidaten mit großer Mehrheit durchbringen. Auch in den übrigen Bezirken ist ihr Sieg nahe, so im zweiten Bezirk, wo nur noch 12 Stimmen an der Majorität fehlten.

Es ist unübersehbar, daß die Opposition stetig zunimmt, und es dürfte nicht mehr allzuange dauern, daß hier die Mehrheit der Berliner Arbeiterklasse steht.

In der Dienstags nachmittags Generalversammlung sollte nun der Vorstand neu gewählt werden. Die rechtsstaatliche Mehrheit mit Einfluß des Gewerkschafts erwies sich als eine erhebliche Minderheit der Demokratie. Nachdem die Wahl von der Generalversammlung bereits vorgenommen war, wobei die Liste der rechtsstaatlichen Kandidaten den Sieg davontrug, beschloß man noch, eine Resolution durch die Mitglieder vorzunehmen. Nach dem Statut hätte der Antrag auf Wahlbestimmung vor dem Eintritt in die Wahl seitens der Generalversammlung verhandelt werden müssen, dann hätte bei Annahme des Antrages in der Generalversammlung keine Wahl, sondern nur eine Auffüllung der Kandidaten vorgenommen werden dürfen und es wäre die Möglichkeit gewesen, daß auch Oppositionelle auf die Wahlzettel gekommen wären. Das sollte beachtet werden.

Die Anhänger der Opposition werden nunmehr doppelt nachsichtig sein müssen. Es bleibt ihnen noch die Möglichkeit, die Namen ihrer Kandidaten bei der Wahlbestimmung bis 10 Uhr auf die Stimmzettel zu setzen.

Streik der Herrenmaßschneider bei H. Wertheim.

Bei der Firma H. Wertheim, Wilhelmstr. 40, sind die Herrenmaßschneider in den Streik eingetreten. Der Grund liegt darin, daß ein Kollege, der bei der Firma seit Jahren beschäftigt war, gemahnt wurde. Der Betriebsrat wurde trotz der Bestimmungen des Casseler Abkommens nicht gehört. Die Firma ist also tarifbrüchig.

Wir bitten unsere Kollegen, keine Streikarbeiter anzufertigen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Die Ortsverwaltung.

Mitgliederverammlung der Angestellten in Waren, Kaufhäusern und Spezialgeschäften.

Die Angestellten in Waren, Kaufhäusern und Spezialgeschäften beschloßen sich am Mittwoch mit den Tarifgemeinschaften für Angestellte, die am 1. Oktober oder später in Arbeit traten und für Ausstellkräfte. Genossin Pichl teilte mit, daß trotz der Inflation, daß über diese Angelegenheit neue Verhandlungen stattfinden müßten, die Arbeitgeber telefonisch mitgeteilt hätten, daß sie die Verhandlungen ablehnen würden. In dem großen Verbalen der Unternehmer sollte es, Stellung zu nehmen. Nach kurzer Dis- kussion, in der die Empfehlung der Verammlung zugute trat, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Mitglieder der Bundesarbeitgeber VII des Zentralverbandes der Angestellten nehmen ernstlich daran teil, daß der Arbeitgeber-Vorstand die Einführung der Ausstellkräfte und der nach dem 1. Oktober eingetretene Mitglieder ablehnt. Die Angestellten erklären, für die beschriebenen Kollegen sollten sie ein- treten und unterstützen die Organisation können fünf Tagen eine neue Verammlung einzuberufen in der Bericht über die Verhandlung gegeben werden muß. Sollte der Arbeitgeberverband diesen drei Tagen keinen Verhandlungstermin angeboten haben, so soll die Organisation alle nötigen Vorkehrungen treffen, um dieser berechtigten Forderung adäquate Stellung zu verschaffen.

Anschließend hielt Genosse Eichinger ein Referat über „Die rechtlichen Arbeiter als Sekretariat“. Eschmischer, wiederholter Beifall belohnen keine geschriebenen Ausführungen, die sich zu dem Referat des jungen Juramentarwesens von Gomb- und Kopfschmerzen verhielten. Nach kurzer Aussprache wurden noch einige Beschlüsse der Angestellten über die Erhaltung, u. a. wurde Stellung zu der Verordnung des Arbeitsministeriums ge- nommen, daß Sonnabends die Geschäfte bis 7 Uhr geöffnet bleiben können. Die Arbeitnehmer sollten es ab, länger zu arbeiten, da diese Verordnung auf Drängen der Unternehmer, trotz der Notwendigkeit, ohne die Arbeitnehmerorganisation zu hören, erlassen worden sei. Außerdem wurde ein empfindlicher Warenmangel, der sich in kürzester Frist bedeutend verschärfen dürfte. Für den ge- reiten Gahr-Überblick sollte nachdrücklicher eingetreten werden.

Tarifbewegung der chirurgischen Branche.

Die Verhandlung mit den Unternehmern zwecks Abschluß eines Tarifvertrages hat nach je keinem Resultat geführt. Der Kommission ging dann ein Gegenentwurf zu, der eine Klassifizierung wie in der Metallindustrie vorsieht. Die Vertrauensleute lehnten diesen Vorschlag entschieden ab. Da die Unternehmer aber auf ihrem Standpunkt verharren, kam es zum Bruch der Verhandlung. Der Vorschlag der Unternehmer bedeutet einen Abzug der Löhne, gleich die Unternehmer zugestimmt unabweisbar Gewinne erzielen. Eine außerordentliche Versammlung der Branche beschloß einstimmig, die Klassifizierung in allen Berufsgruppen abzulehnen. Die Verhandlungskommission soll weitere Schritte unternehmen, um den Forderungen der Arbeiterschaft zur An- erkennung zu verhelfen.

Feuerungszulagen für die Krankenkassenangestellten.

Am Mittwoch erstattete in einer Vollversammlung der Krankenkassenangestellten Deuser den Bericht über die Verhandlungen mit dem Hauptverband über eine Feuerungszulage. Bei den Verhandlungen sei es zu nachdrücklichem Verlangensübertrag gekommen. An Stelle der bisherigen Feuerungszulagen treten folgende Zulagen: für Beamten 200 M., Betriebsräte mit zwei und mehr Kindern 150 M., ledige Angestellte 175 M., weibliche Angestellte 150 M. Die Zulagen sollen vom 1. Januar bis 31. März gezahlt werden, weil zu diesem Termin eine Neuregung

Preussische Landesversammlung.

Adolph Hoffmanns Abrechnung mit Haenisch.

In Fortsetzung der Kultusdebatte kam heute Genosse Adolph Hoffmann zum Wort. Die Kammerverhältnisse gestanden und haben nicht mehr als einen hart notdürftigen Ausweg aus seiner unheimlich bemerkenswerten Notlage wiedergegeben. Er führte aus: Ich habe erlaubt, der Kultusdebatte würde etwas mehr Kultur- wert worden sein. Aber nicht eine Spur ist darin davon zu entdecken, daß zwischen früher und heute eine Umwälzung statt- gefunden hat. Die einzige Veränderung ist der neue Name des Ministeriums, und der Name, auch noch von mir.

In der Reichsverfassung steht es gibt keine Staatskirche. Dann ist es unzulässig, daß für die Kirche noch annähernd hundert Millionen im Etat vorgezogen sind. Das Zentrum verlangt die Trennung von Staat und Kirche dürfe nicht durch einen staats- rechtlichen, sondern auf dem Wege ständlicher Auseinander- setzung erfolgen. Das sollte damals nach dem bekannten Noben- schloß erfolgen. Eine Kommission war bereits eingesetzt, aber die haben sich nie ganz eingetreten.

Der Zentrumsmehrheit behauptet, die staatlichen Leistungen be- stehen aus geistlicher Verpflichtung. Nach der Eingehung der Reichsverfassung habe sie der Reichsdeputationshauptversammlung zum Jahre 1871 beigefügt. Da soll die Kirche aber zuvor nachweisen, daß sie sich in ihrem rechtmäßigen Besitz befindet. Ein kirchlicher katholischer Geistlicher hat einmal gesagt: fünf Prozent alles dessen, was die Kirche zu befehlen hat, sei unrechtmäßig erworben und vom sechsten Stuhl sei der rechtmäßige Anteil nicht nachzuweisen. (Große Unruhe im Zentrum.)

Die Zentrumsmehrheit streut sich über den Standpunkt, den Herr Haenisch in dieser Frage einnimmt. Welchen Standpunkt er ein- nimmt, kann ich nicht wissen, da Herr Haenisch alle Augenblicke einen anderen einnimmt. Das Zentrum behauptet, die Trennung von Staat und Kirche sei unmöglich, weil dadurch der Staat empfindlich erschüttert würde. Das heißt natürlich der Staat der Gewalt, der Unterdrückung, der Ausbeutung. Dieser Staat ist allerdings die Stütze der Kirche. (Große Unruhe.)

Herr Klingemann von den Deutschnationalen sprach von einer den Gleichmäherei. Seine Richtung verdient diesen Namen freilich nicht, da sie nicht einmal zu den kirchlichen Wahlen zuzulassen, und sie denken auch nicht an die Gleichmäherei beim Steuerzahlen. Da sollen die Geistlichen aus- genommen sein, und nur die Schullehrer dürfen zahlen.

Man hat über meine Ministerialität viele schreckliche Dinge gesagt, aber bisher auch nicht die Spur eines Beweises erbracht. Behauptungen sind es gewesen.

Unter Eintritt ins Kultusministerium hat sich ganz schmerz- haft vollzogen. Dem Dr. Schmidt hat und die Geschäfte wider- stehen es an, weil sie vor dem Dankenot stehen. Der Kulturminister des Herrn Haenisch haben natürlich die Worte des Zentrums nicht befriedigt, son- dern vertrieben. Es hat nicht bloß den Herrn Haenisch, sondern den ganzen Staat genommen. (Stimmliche Heiterkeit.)

Herr Haenisch hat offen ausgesprochen: „Dadurch, daß wir sozialistischen in jenem Augenblick den revolutionären Staat überlassen haben, haben wir uns das Land verdient ge- macht.“ Wir können jetzt die Zusammenhänge dieser Politik durch die Anschuldigungen über die Firma Vorwärts, Marx u. Co.

Herr Haenisch hat nach Maria Theresia, was er die für einen Sozialdemokraten sehr eigenartigen Worte sprach: „Ich und meine Partei leben der Dornigkeit, daß ich in einer späteren Zeit eine Ehre erleben wird, die uns übersteigt, die heute übliche christliche Eitelkeit zu übersteigen.“ Ich habe mich hierfür kaum die schwächsten Gründe (!). So- mit ist das Christentum unentbehrlich. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.)

Es weit haben Sie ihn schon. Bald wird er Ihnen aus der Hand gehen und schließlich vollständig alles apportionieren, was Sie wollen. (Große Heiterkeit.) Ich hätte gewünscht, Herr Haenisch kommen gleich in Maria Theresia geblieben und hätte die Antie ge- nommen. (Erneute Heiterkeit.)

Das sage ich Ihnen, eine Revolution ist nicht mit kleinen Änderungen durchzuführen. Da müßten die Wider- standskräfte gebrochen werden. Wäre auf dem Wege durch den Kampf überwunden. Der Minister hat Groß-Berlin — so ein Taktchen abzufinden. Aber Sie können sich darauf verlassen. Die Trennung von Staat und Kirche kommt. Ob Sie dann abbrechen werden, wie es damals möglich war, ist noch sehr die Frage.

Die Klassen, die bisher Arbeitsvieh waren und mit Schnaps und Religion traktiert, die geistig verkrüppelt wurden, verlangen energisch ihren vollen Anteil an den Kulturerrungenschaften. Das ist eine grundsätzliche Umwälzung des ge- meinschaftlichen Lebens und Erziehungswezens ge- worden.

Die Mittel, die dazu benötigt werden, können wir leicht haben. Wenn endlich die Arbeitskräfte herausgegeben würden. Aber Sie wollen nicht, weil Sie wünschen, daß die kapitalistische Gesellschaft überleben soll und das Volk in Dummheit verharren bleibt. (Große Heiterkeit.)

